

2 EU-Binnenmigration

Unter EU-Binnenmigration versteht man die Zu- und Abwanderung von Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (im Folgenden „EU-Staatsangehörige“). Entscheidend ist also die Staatsangehörigkeit und nicht das Herkunfts- oder Zielland der wandernden Personen.¹⁷ Dagegen zählt die Zu- bzw. Abwanderung von Drittstaatsangehörigen aus einem bzw. in einen anderen Mitgliedstaat der EU nicht zur EU-Binnenmigration im oben genannten Sinne.¹⁸

Das Unionsrecht gewährt EU-Staatsangehörigen und ihren Familienangehörigen – unabhängig davon, ob diese ebenfalls Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der EU sind oder nicht – grundsätzlich Personenfreizügigkeit (§ 2 Abs. 1 Freizügigkeitsgesetz (FreizügG)/EU)¹⁹, d. h., sie können sich innerhalb der Mitgliedstaaten der EU frei bewegen und arbeiten. Freizügigkeitsberechtigt sind EU-Staatsangehörige, die sich als Erwerbspersonen oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen, die sich zur Arbeitssuche aufhalten, wenn sie zu einer selbstständigen Tätigkeit berechtigt sind, Dienstleistungen erbringende und empfangende Personen oder Familienangehörige dieser Personen sind. Auch EU-Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, die ein Daueraufenthaltsrecht erworben haben, sind freizügigkeitsberechtigt (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 FreizügG/EU). Nichterwerbstätige EU-Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen sind hingegen nur dann freizügigkeitsberechtigt, wenn sie über ausreichenden Krankenversicherungsschutz und ausreichende Existenzmittel verfügen (§ 4 FreizügG/EU). Bei den erwerbstätigen EU-Staatsangehörigen und deren Familienangehörigen ist dies keine Voraussetzung. Bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit nach weniger als 1 Jahr Beschäftigung bleibt das Recht auf Freizügigkeit für 6 Monate unberührt (§ 2 Abs. 3 S. 2 FreizügG/EU), nach einer Beschäftigung von mindestens 1 Jahr gilt die unbegrenzte Freizügigkeit.

Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen im Sinne des Freizügigkeitsrechts sind deren

- Ehepartnerinnen oder Ehepartner,
- Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner,
- Kinder bis zum 21. Lebensjahr sowie
- Verwandte in direkter aufsteigender und absteigender Linie, denen sie Unterhalt gewähren.

Darüber hinaus zählen auch die Kinder und Verwandten von Ehe- oder Lebenspartnern bzw. Ehe- oder Lebenspartnerinnen von EU-Staatsangehörigen unter den oben genannten Voraussetzungen zu den Familienangehörigen von EU-Staatsangehörigen (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 FreizügG/EU).

Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der EU benötigen für die Einreise und für den Aufenthalt im Bundesgebiet kein Visum bzw. keinen Aufenthaltstitel (§ 2 Abs. 4 S. 1 FreizügG/EU). Drittstaatsangehörige Familienangehörige benötigen für die Einreise ein Visum nach den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes, sofern sie nicht im Besitz einer Aufenthaltskarte im Sinne von Artikel 5 Abs. 2 i. V. m. Artikel 10 Freizügigkeitsrichtlinie (Richtlinie 2004/38/EG) sind (§ 2 Abs. 4 S. 2, 3 FreizügG/EU). EU-Staatsangehörige, die im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sind, haben ein dreimonatiges Aufenthaltsrecht (§ 2 Abs. 5 S. 1 FreizügG/EU). Drittstaatsangehörige Familienangehörige haben das gleiche Recht,

¹⁷ Staatsangehörige eines EU-Staates können demnach auch aus einem Nicht-EU-Staat zuziehen, um in die EU-Binnenwanderungsstatistik einzugehen, da sie auch dann unter die Freizügigkeitsregelungen für EU-Staatsangehörige fallen.

¹⁸ Vgl. hierzu Müller 2013.

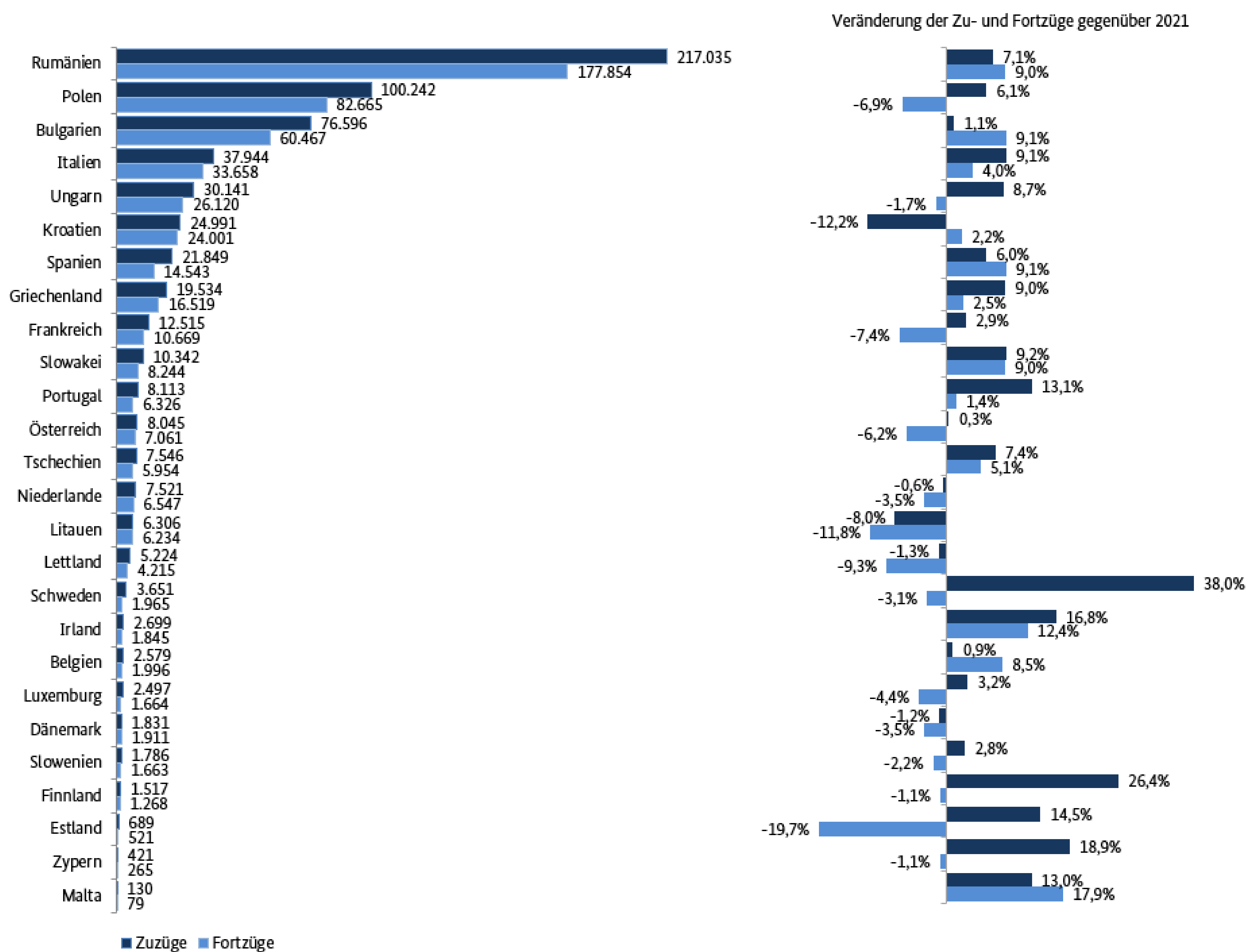
¹⁹ Freizügigkeit besteht grundsätzlich auch für Staatsangehörige aus den EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein sowie der Schweiz. Zur Rechtslage vgl. BMI & BMAS 2014, S. 44ff.

wenn sie im Besitz eines anerkannten Passes oder Passersatzes sind und sie den EU-Staatsangehörigen begleiten oder ihm nachziehen (§ 2 Abs. 5 S. 2 FreizügG/EU). Freizügigkeitsberechtigten Familienangehörigen, die Drittstaatsangehörige sind, wird von Amts wegen innerhalb von 6 Monaten, nachdem sie die erforderlichen Angaben gemacht haben, eine Aufenthaltskarte für Familienangehörige von EU-Staatsangehörigen ausgestellt, die für 5 Jahre gültig sein soll (§ 5 Abs. 1 S. 1 FreizügG/EU).

Die EU-Binnenmigration kann der allgemeinen Zu- und Fortzugsstatistik entnommen werden, indem sie nach den entsprechenden EU-Staatsangehörigkeiten der Personen differenziert wird.²⁰ Die Zu- und Fortzüge deutscher Staatsangehöriger werden dabei nicht berücksichtigt.

Laut Mikrozensus, in dessen Rahmen seit dem Jahr 2017 Personen mit eigener Migrationserfahrung nach ihren Migrationsmotiven befragt werden, sind im Jahr 2022 familiäre Aspekte bei den in Deutschland lebenden, selbst zugewanderten EU-Staatsangehörigen für die Wanderung nach Deutschland am bedeutsamsten gewesen (45,0 % Familiengründung oder -zusammenführung). 32,7 % der EU-Staatsangehörigen gaben als Hauptmotiv für ihre Migrationsentscheidung „Arbeit/Beschäftigung“ an.²¹

Abbildung 2-1: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland im Jahr 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

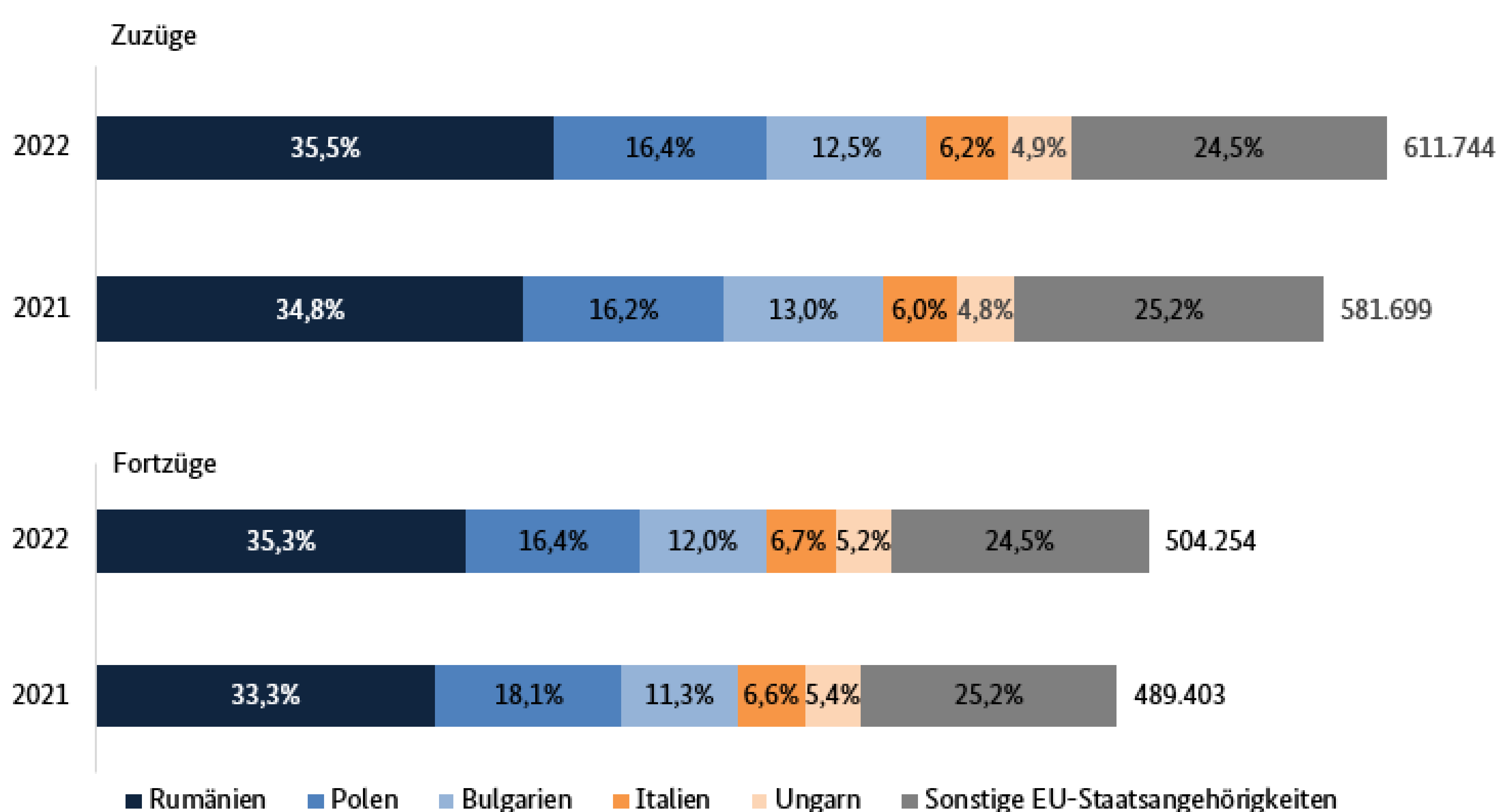
²⁰ Drittstaatsangehörige Familienangehörige von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern lassen sich in der Zu- und Fortzugsstatistik nicht identifizieren und sind in den Daten deshalb nicht berücksichtigt.

²¹ Vgl. Statistisches Bundesamt 2023c. Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, in deren Rahmen jährlich rund 1 % aller Haushalte in Deutschland befragt werden.

Betrachtet man die Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen (ohne deutsche Staatsangehörige) im Jahr 2022, so zeigt sich, dass die Zahl der Zuzüge mit 611.744 im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 % gestiegen ist (2021: 581.699) (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang). Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtzuwanderung betrug damit 22,9 % (2021: 44,0 %). Die Zahl der Fortzüge von EU-Staatsangehörigen im Jahr 2022 summierte sich auf 504.254 (+3,0 %, 2021: 489.403). Der Anteil der EU-Binnenmigration an der Gesamtabwanderung fiel von 49,2 % im Jahr 2021 auf 41,9 % im Jahr 2022.

Der starke Rückgang der Zuzüge, aber auch der Fortzüge im Jahr 2020 für fast alle Staatsangehörigkeiten kann auf die zeitlich befristeten Einreisebeschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückzuführen sein. 2021 gab es bereits wieder einen Anstieg der Wanderungszahlen, der sich im Jahr 2022 weiter fortsetzte, unter anderem mit deutlich mehr Zuzügen von schwedischen (+38,0 %) oder finnischen (+26,4 %) Staatsangehörigen. Die Fortzüge stiegen besonders stark bei maltesischen (+17,9 %) und irischen (+12,4 %) Staatsangehörigen (vgl. Abbildung 2-1).

Abbildung 2-2: Zu- und Fortzüge von EU-Staatsangehörigen nach und aus Deutschland in den Jahren 2021 und 2022 (ohne deutsche Staatsangehörige, ausgewählte Länder)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik

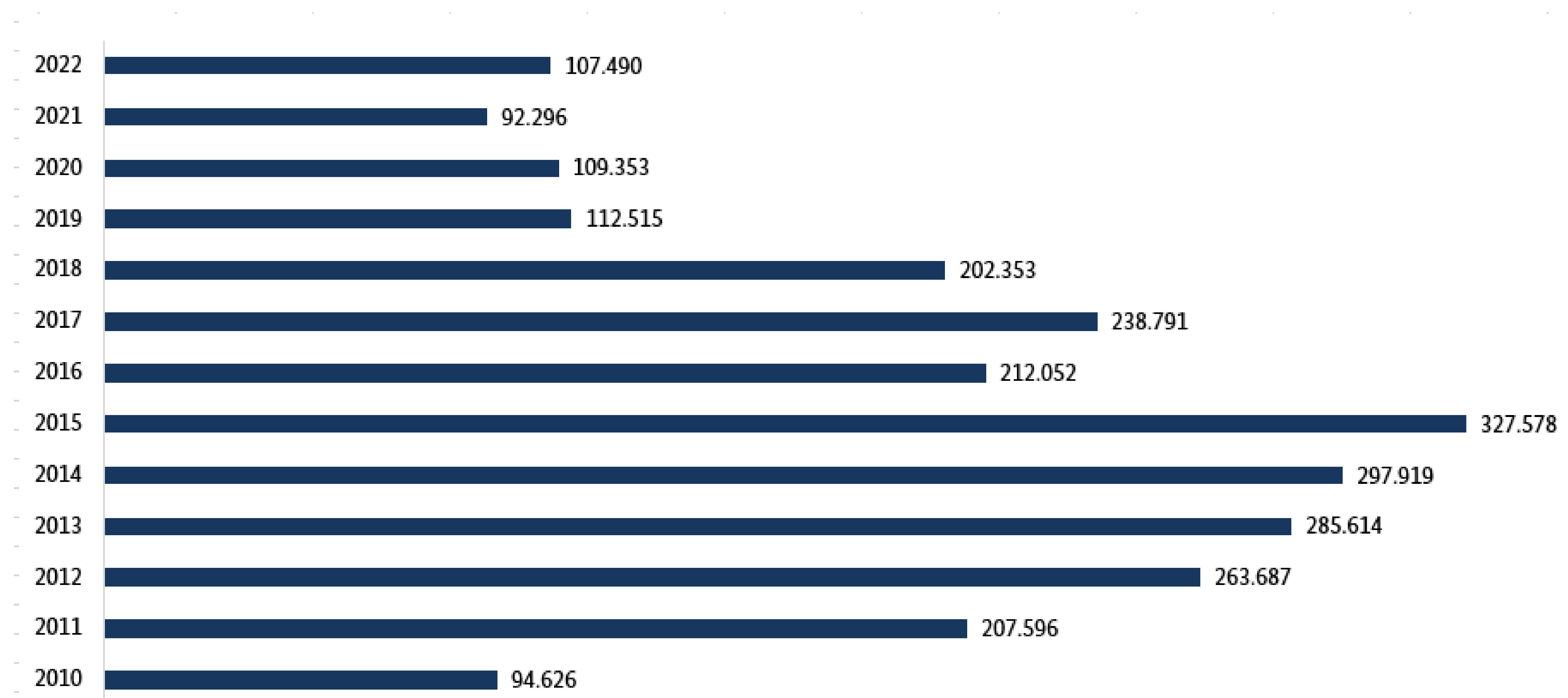
35,5 % der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen entfielen auf rumänische (2021: 34,8 %) und 16,4 % auf polnische Staatsangehörige (2021: 16,2 %). Damit stellten Staatsangehörige aus diesen beiden Mitgliedstaaten im Jahr 2022 mehr als die Hälfte aller Zuzüge im Rahmen der EU-Binnenmigration. Weitere bedeutende Gruppen sind Staatsangehörige aus Bulgarien mit 12,5 % (2021: 13,0 %), Italien mit 6,2 % (2021: 6,0 %) und Ungarn mit 4,9 % (2021: 4,8 %) (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang).

Bei den Fortzügen entfielen im Jahr 2022 35,3 % auf Staatsangehörige aus Rumänien (2021: 33,3 %) und 16,4 % auf polnische Staatsangehörige (2021: 18,1 %). Damit stellten Staatsangehörige aus diesen beiden Mitgliedstaaten auch mehr als die Hälfte der Gesamtabwanderung im Rahmen der EU-Binnenmigration. 12,0 % der Fortzüge waren bulgarische (2021: 11,3 %), 6,7 % italienische (2021: 6,6 %) und 5,2 % ungarische (2021: 5,4 %) Staatsangehörige (vgl. Abbildung 2-2 und Tabelle 2-1 im Anhang). Damit sind sowohl

bei der Zu- als auch bei der Abwanderung gegenüber dem Vorjahr kaum strukturelle Veränderungen in der Zusammensetzung nach Staatsangehörigkeiten zu verzeichnen.

Ein positiver Wanderungssaldo konnte im Jahr 2022 gegenüber allen EU-Staaten mit Ausnahme Dänemarks verzeichnet werden. Insgesamt zogen im Jahr 2022 107.490 Staatsangehörige aus den anderen EU-Staaten mehr nach Deutschland als aus Deutschland fortzogen. Der positive Wanderungssaldo ist im Vergleich zum Vorjahr um 16,5 % gestiegen (2021: +92.296, vgl. Abbildung 2-3). Der positive Wanderungssaldo ging im Vergleich zum Vorjahr bei den bedeutendsten Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten zum Teil zurück wie bei Rumänien (2022: +39.181, 2021: +39.552) und Bulgarien (2022: +16.129, 2021: +20.327). Er stieg aber bei Polen (2022: +17.577, 2021: +5.661), Italien (2022: +4.286, 2021: +2.404) und Ungarn (2022: +4.021, 2021: +1.150).

Abbildung 2-3: Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen seit 2010 (ohne deutsche Staatsangehörige)



Anmerkungen: Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 sind aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Informationen dazu befinden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungen.

Die Wanderungszahlen 2019 enthalten Abmeldungen von Amts wegen von EU-Staatsangehörigen, die im Rahmen der Europawahl von Meldebehörden vorgenommen wurden. Aus diesem Grund ist die Fortzugszahl 2019 nur beschränkt mit den Werten davor und danach vergleichbar.

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie kann es ab Mitte März 2020 aufgrund von Einschränkungen im Publikumsverkehr von Meldebehörden oder verlängerten Fristen zur An- und Abmeldung zu einer zeitlich verzögerten Erfassung von Wanderungsfällen in der Statistik kommen.

Ab 2013 mit Kroatien, ab 2021 ohne Vereinigtes Königreich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wanderungsstatistik